



DIE LINKE.

LAG Frieden BaWü

Der Antrag wurde am 1.2. auf dem Landesparteitag angenommen

Antrag der LAG Frieden an den geschäftsführenden Landesvorstand der LINKEN BW

Stellungnahme zum Gazakrieg

Antragsteller: LAG-Frieden

Antrag:

Der Landesverband unterstützt die folgende Stellungnahme der LAG Frieden zum Gazakrieg

Außerdem unterstützt der LV BW der LINKEN zusammen mit IPPNW, der Jüdischen Stimme, Palästinensischer Gemeinde, Deutsch-Palästinensischer Gesellschaft, Pax Christi und anderen die Aktion „Ein Schiff für Gaza“ z.B. mit einer Spende von 300 Euro. <http://www.freegaza.de>

Erklärung:

Die LAG-Frieden erklärt ihre Solidarität mit der israelischen Friedensbewegung (wie z.B.

Gush-Shalom http://zope.gush-shalom.org/index_en.html, Anarchists Against the Wall, <http://www.awalls.org/>, New Profile <http://www.newprofile.org/showdata.asp?pid=534>) und palästinensischen Gruppen, die sich für ein Ende der Besatzung und ein friedliches Zusammenleben zwischen Israelis und Palästinensern einsetzen. Wir erklären auch unsere Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung in Gaza, die 3 Wochen lang den brutalen Angriffen durch eine der modernsten Armeen einschließlich des Beschusses mit weißem Phosphor ausgesetzt war.

Die LAG Frieden der LINKEN fordert von der Bundesregierung sich einzusetzen für:

- die sofortige und vollständige Aufhebung der Belagerung Gazas
- die Einhaltung des internationalen Rechts
- den sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte und der militärischen Kooperation mit Israel und allen übrigen Staaten der Region
- die Untersuchung von wahrscheinlichen Kriegsverbrechen während der Angriffe auf Gaza
- die Anerkennung der gewählten Vertreter des palästinensischen Volkes und die Anerkennung derselben als Verhandlungspartner
- die Freilassung aller politischen Gefangenen in Israel-Palästina
- das Aussetzen der im Rahmen des Assoziationsabkommens der EU mit den südlichen Mittelmeerstaaten erneuerten und aufgewerteten Vereinbarungen über Beziehungen zwischen der EU und Israel in Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie
- das Ende der Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten und die Schaffung eines lebensfähigen souveränen palästinensischen Staates

Begründung:

Grundpositionen linker Politik sind das Eintreten für soziale Gerechtigkeit und Frieden.

Auch aus dem Irrweg des NS erwächst uns die Verantwortung, hier und heute gegen Unrecht, gegen Menschen- und Völkerrecht verachtende Politik, durch wen auch immer, klar Stellung zu beziehen und uns für eine an humanen Werten ausgerichtete Politik einzusetzen.

Gegen die einseitige Parteinahme durch die deutsche Bundesregierung für den Krieg Israels gegen die palästinensische Zivilbevölkerung in Gaza erklärt die LINKE klar ihre Ablehnung von Vertreibung, Besatzung, Belagerung und Krieg gegen die Palästinenser. Auch um der Beihilfe zu oder direkten Teilnahme an Kriegsverbrechen in zukünftigen Kriegen vorzubeugen, sollte die Bundesregierung zu ihrer einseitigen und kriegsunterstützenden Haltung von der LINKEN zur Rede gestellt werden.

Zur Ursache des Konflikts gehört auch die Vertreibung, Besatzung, Siedlungspolitik, Sanktionen, die Abriegelung des Gazastreifens seit anderthalb Jahren, die Beschränkung der Einfuhr von Grundnahrungsmitteln und Basismedikamenten als Kollektivbestrafung der palästinensischen Bevölkerung für die Wahl der Hamas.

Die Grenzen des Gazastreifens müssen geöffnet werden sowohl nach Israel als auch am Grenzübergang Rafah nach Ägypten. Die Tunnel, unter der Grenze wurden aus dem Selbsterhaltungstrieb einer unter freiem Himmel eingepferchten Bevölkerung gegraben, um die Grundversorgung so weit wie möglich aufrecht zu erhalten. Das Verschließen dieser Schlupflöcher, das vom deutschen Außenminister als sogenanntes „Grenzmanagement“ nach dem Vorbild von Schengen Europa als deutsche Hilfe zur Konfliktbewältigung angeboten wurde, kommt einer direkten Beteiligung an der Kollektivbestrafung der Bevölkerung Gazas gleich.

Wenn Sanktionen und die Belagerung Gazas beendet werden, wenn die Grundversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Wasser, Strom, Treibstoff, Medikamenten möglich ist, wird dies den Bau von Tunneln und damit auch das Schmuggeln von Waffen überflüssig machen und beenden.